

An das  
Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI  
[vernehmlassung.hbb@sbfi.admin.ch](mailto:vernehmlassung.hbb@sbfi.admin.ch)

30. Mai 2017

## Stellungnahme zur Änderung der BBV

Sehr geehrter Herr Hübschi

Der BCH, Berufsbildung Schweiz bedankt sich für die Möglichkeit, zur Änderung der Verordnung über die Berufsbildung (BBV) Stellung zu nehmen. Wir begrüssen auch die neue, subjektorientierte Finanzierung der vorbereitenden Kurse zur Berufsprüfung und zur höheren Fachprüfung. Es ist ein dringendes volkswirtschaftliches Anliegen, die Weiterbildung und insbesondere die höhere Berufsbildung zu stärken. Die Wirtschaft wird in Zukunft in hohem Masse auf gut ausgebildete Fachleute angewiesen sein.

### Grundsätzliche Erwägungen

Der Übergang zur Subjektfinanzierung hat aber auch zur Folge, dass das finanzielle Risiko weitgehend auf die Kursteilnehmer überwältigt wird. Für diese besteht nun ein deutlich höheres finanzielles Risiko als wenn die Kurse direkt subventioniert würden. Darum braucht es Massnahmen, dass Personen aus bescheidenen Verhältnissen nicht von der Weiterbildung abgeschreckt werden.

Umso mehr erstaunt im Entwurf, wie stiefmütterlich und knauserig die Vorfinanzierung behandelt wird. Das Geld ist heute derart billig (Negativzinsen), dass hier eine grosszügigere Praxis den Bund kaum etwas kosten würde. Eine gute Vorfinanzierung wäre gerade für Leute mit beschränkten Mittel ein wichtiger Anreiz zur Weiterbildung. Oft muss ja auch die Lohnarbeit, das Einkommen reduziert werden für den Besuch eines Vorkurses. Darum ist auch die Bemessung nach der letzten rechtskräftigen Steuerveranlagung ein völlig untaugliches Mittel. Diese Veranlagung kann erfahrungsgemäss Jahre zurückliegen und beschreibt die aktuelle Situation mit reduziertem Einkommen kaum korrekt. Der Ansatz ist auch viel zu tief. Wenn jemand keine Bundessteuer zahlen muss, lebt er klar unter dem Existenzminimum und kann sich kaum eine Weiterbildung leisten. Mit einem solchen Ansatz verhindert man de facto eine Vorfinanzierung und damit für manche Leute den Zugang zur Weiterbildung.

Eigentlich sollte man ganz auf die Prüfung der Finanzen verzichten. Der administrative Aufwand für deren Prüfung ist wohl deutlich höher als der Zins für das vorgeschossene Geld. Zudem ist ja der Antrag für Teilbeträge auch für die Antragssteller mit einem Aufwand verbunden, auf den Personen mit genügend Finanzmittel mehrheitlich verzichten werden. Bei den Teilbeträgen wird der Anteil aus diesem Personenkreis auch aus anderen Gründen klein sein.

Sollte aus formellen Gründen trotzdem eine finanzielle Grenze für Teilbeträge erforderlich sein, so wäre hier der Freibetrag bei der Vermögenssteuer die sinnvollste Lösung. Da dieser Freibetrag von Kanton zu Kanton stark variiert, müsste man einen festen Betrag nennen wie zum Beispiel 70'000 für Alleinstehende und 120'000 für Verheiratete. Das wäre ein Vermögen, das die Weiterbildung inkl. Lohnausfall finanzieren könnte. In jedem Fall, mit oder ohne finanzielle Grenze, ein allfälliger Missbrauch würde den Bund kaum etwas kosten.

Ebenfalls ungenügend gelöst ist das Risiko eines Abbruchs aus wichtigen Gründen wie Krankheit, Unfall, Verlust der Arbeitsstelle, nicht Bestehen einer Zwischenprüfung. Gerade für Leute mit bescheidenem Einkommen hat dieses Risiko eine abschreckende Wirkung, also gerade bei jenen Leuten, bei denen man die Weiterbildung fördern sollte. Hier sollte man darum auch beim Abbruch aus wichtigen Gründen auf die effektiven Kosten einen Beitrag gewähren. Dadurch lässt sich die Verschlechterung der Situation der Kursteilnehmer durch die Subjektfinanzierung kompensieren. Bei einer Subventionierung des Kursanbieters würde die Entlastung ja auch beim Abbruch bestehen.

Ein weiterer Punkt, der noch stärker gewichtet werden sollte, ist die Qualitätskontrolle der angebotenen Kurse. Sobald das SBFI eine Liste der unterstützungswürdigen Kurse herausgibt, wird das von aussen gerne als Qualitätskriterium taxiert, d.h. von den Kursen auf der Liste wird eine gewisse Qualität erwartet. Diese Erwartungen werden aber vom vorliegenden Vorschlag völlig ignoriert, weil für die Aufnahme eines Kurses keine weitere Qualitätsprüfung vorgesehen ist. Eine minimale Qualitätssicherung der Kurse auf der Liste sollte aber gewährleistet werden. Das muss nicht aus einer flächendeckenden Qualitätskontrolle bestehen, im Minimum muss dem Bund aber das Recht eingeräumt werden, Kurse von der Liste zu streichen, wenn sich klare Qualitätsmängel bei einem Kurs zeigen.

### **Vorzuschlagende Anpassungen**

Auf Grund der obigen Ausführungen schlagen wir folgende Anpassungen vor:

Art. 66d, Absatz 1d ist ersatzlos zu streichen.

Art. 66e, Absatz 1f ist ersatzlos zu streichen.

Art. 66c, Absatz g (neu)

*Beiträge werden auch ausgerichtet, wenn der Kurs zu mehr als die Hälfte absolviert wird, aber dann aus wichtigen Gründen abgebrochen werden muss. Als wichtige Gründe gelten insbesondere Krankheit, Unfall, Verlust eines hinreichenden Einkommens, nicht Bestehen einer Zwischenprüfung.*

Art. 66g, Absatz 7 (neu)

*Der Bund hat das Recht, die Qualität eines Kurses zu überprüfen und bei nachgewiesenen Mängeln von der Liste der zu finanzierenden Kurse zu streichen.*

Freundliche Grüsse

Dr. Christoph Thomann  
Vizepräsident BCH, Berufsbildung Schweiz